

Die Krise als Normalität: Kapitalismus, Regionen und ungleiche Entwicklungⁱ

Rudy Weissenbacher

1. Einleitung

Mit der zeitlichen Entfernung zur vierteljahrhundertlichen Konjunkturphase nach dem Zweiten Weltkrieg (vor allem in den kapitalistischen Zentren) sinkt die Plausibilität, diese kurze stabile Phase als Normalität globaler kapitalistischer Entwicklung anzusehen. Vielmehr werden mit der jüngsten globalen Krise historische Krisen (v.a. der 1930er Jahre) wieder stärker zur Referenz für eine Normalität. Dazu muss man hinzufügen, dass die kapitalistische Produktionsweise auch in ihrer stabilen Phase für sehr viele Menschen, allen voran in der Peripherie, Krisenrealität bedeutet. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz, extreme sozial-räumliche Ungleichheiten zu produzieren, macht auch vor den Zentren nicht halt, nicht nur in Krisenphasen, sondern auch in den stabilen Phasen. So betrachtet sind auch unter peripheren Regionen innerhalb von Staaten des kapitalistischen Zentrums (zur Typologisierung von Zentrum – Semiperipherie – Peripherie in der EU siehe Weissenbacher i. E. a) welche, die eine Krisennormalität kennen. Ich werde in diesem Beitrag an AutorInnen anknüpfen, die in den 1970er und 1980er Jahren, im Zuge der ersten beiden globalen Krisen des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Tradition der Lateinamerikanischen Dependenzschule Alternativen zu den herrschenden Paradigmen von Entwicklung und Ökonomie formulierten. Ich habe diese AutorInnen als Europäische Dependenzschule (EDS) zusammengefasst (Weissenbacher 2015). Anschließend werde ich diskutieren, inwieweit Ansätze, die an ein solches Paradigma anknüpfen, heute umgesetzt werden könnten.

2. Die Wurzeln der Europäischen Dependenzschule

Autoren der Lateinamerikanischen Dependenzschule haben schon in den 1960er Jahren das Zusammenspiel zwischen Integration von Ländern in das eine globale kapitalistische System einerseits und nationaler (sozialer und regionaler) Desintegration andererseits deutlich gemacht. Diese Schule war eine Antwort auf den gescheiterten Versuch des Lateinamerikanischen Strukturalismus mit importsubstituierender Industrialisierung eine nachholende Entwicklung einzuleiten. Für die Dependenzschule war klar, dass Integration von Staaten in den Kapitalismus insbesondere deren nichtintegrierte Regionen (und den Menschen die darin lebten) marginalisierte, was zu nationaler Desintegration führte (vgl. Sunkel 1972 bzw. Weissenbacher i. E. b). Idealisierte Vorstellungen ökonomischer Konvergenz oder kopierbarer Pfade historischer Entwicklung („Modernisierung“) wurden als realitätsfern betrachtet. Transnationale Konzerne (TNC) wurden als mächtige Akteure einer Ära mit einer neuen Form der Abhängigkeit (der Peripherie vom Zentrum) im 20. Jahrhundert verstanden. Sie bildeten kaum überwindbare Hindernisse für nationale oder regionale Alternativen. Eine industrielle Entwicklung war in einem solchen System

zwar grundsätzlich möglich, Entwicklung in einem weiteren gesellschaftlichen Sinn in der kapitalistischen Weltökonomie aber nicht. Die in den Staaten des Zentrums angesiedelten TNC ermöglichten diesen Staaten eine neomerkantilistische Politik. Arrighi und Drangel (1986), die im Rahmen der Weltsystemtheorie an das Abhängigkeitsparadigma anschlossen, würden später von der Symbiose einer gemeinsamen Entwicklung zwischen Staaten und TNC des Zentrums sprechen. Für sie endete in den 1960er Jahren das Zeitalter, in dem industrielle Entwicklung eine Charakteristik des Zentrums war. Für die Behauptung einer Position des Zentrums würde es von nun an wichtig sein, die Produktion in den transnationalen Güterketten zu kontrollieren, diese aber nicht notwendiger Weise auf dem eigenen Territorium zu organisieren. Industriepolitik wurde damit – im Sinne eines Aufstiegs ins Zentrum der Hierarchie der Güterketten – zu einer Leiter ohne obere Sprossen (vgl. Weissenbacher i. E. a). Arrighi (1990) nannte die Vorstellung, eine (systemimmanente) Industriepolitik könne zu „Entwicklung“ führen, „developmentalist illusion“.

3. Ansätze für ein alternatives Paradigma

Mit den beiden ersten globalen Wirtschaftskrisen nach dem Zweiten Weltkrieg stießen in den 1970er und 1980er Jahren auch alte Industrieregionen zu jenen peripheren Regionen, für die der temporäre Boom bestenfalls „Wachstum ohne Entwicklung“ oder „Industrialisierung ohne Entwicklung“ bedeutet hat. De-Industrialisierungsprozesse in den Staaten des kapitalistischen Zentrums gab es schon in der Boom-Phase. Der Staat ‚koordinierte‘ und finanzierte Maßnahmen, Überkapazitäten zu reduzieren, Regionen mit Infrastrukturinvestitionen zu modernisieren und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die Anstrengungen konnten mit der beschleunigten De-Industrialisierung ab den 1960er Jahre nicht mithalten (cf. Carney 1980). Diese vergeblichen Bemühungen reflektieren das Ende von Industriepolitik als Zentrumsaktivität (wie von Arrighi/Drangel (1986) beobachtet). Wie die Lateinamerikanische Dependenzschule ein Jahrzehnt vorher, begann die EDS in den 1970er Jahren Alternativen zu jenen herrschenden Paradigmen zu formulieren (vgl. Weissenbacher 2015), die sie in den liberalen Strömungen der Wirtschaftstheorie, Keynesianismus und Neoklassik, bzw. in modernisierungstheoretischen Vorstellungen sahen. Erkenntnisse aus der kritischen Entwicklungsforschung wurden nun auf Europa angewandt. Ich greife aus dieser heterogenen „Schule“ zwei Gruppen heraus. Jene, die sich eher mit der nationalstaatlichen Ebene auseinandersetzten, betrachteten den westeuropäischen Integrationsprozess kritisch und die Erweiterungen um periphere Länder als eine Integration „ungleicher Partner“. Die Süderweiterungen erfolgten in Krisenzeiten, weder die Europäische Gemeinschaft (EG) (deren Länder protektionistisch auf die Krisen reagierten) noch die Beitrittsländer waren auf die Integration vorbereitet. Um eine weitere Polarisierung Richtung einer neokolonialen Situation zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb der EG zu vermeiden, müsste entweder eine balancierte Industriepolitik etabliert werden oder ein finanzieller Ausgleich aus den Zentrum zu den peripheren Ländern, wie es innerhalb von Nationalstaaten geschehe. Weder das eine noch das andere materialisierte sich. Die Schaffung eines gemeinsamen Währungsraums unter diesen Bedingungen wurde als fatal angesehen.

Die zweite Gruppe beschäftigte sich mit Aspekten der Regionalentwicklung und wird thematisch an dieser Stelle stärker im Fokus stehen. Das etablierte Entwicklungsmodell wurde als Entwicklung „von oben“ oder „von außen“ bezeichnet. Es behandelte Regionen

funktional (ohne Geographie und Geschichte), konstatierte endogene Modernisierungsdefizite, die durch exogene Faktoren (Kapital- und Technologiezufluss, staatliche Infrastruktur, etc.) behoben werden könnten. Das Marktgleichgewicht (Konvergenztheorie) hatte sich in der Boom-Phase nicht eingestellt. Die erwarteten, sich in die Peripherie verbreitenden oder sickernden positiven Effekte (spread and trickle-down), waren geringer als negative Entzugseffekte (backwash effects) durch das Zentrum gewesen. Die Krise der 1970er Jahre hat dann auch die „Krücken“, mit denen die keynesianische Regionalpolitik das neoklassische Modell am Laufen gehalten hatte (Stöhr/Tödting 1979: 138), weggeschlagen.

Die EDS sah diese funktionale Eingliederung der Regionen in die nationale oder internationale Arbeitsteilung überhaupt kritisch. Am Beispiel der ungleichen sozialräumlichen Entwicklung Italiens wird nach wie vor diskutiert, ob die funktionale Eingliederung des Mezzogiorno in Italien nicht der eigentliche Nachteil des italienischen Südens war (vgl. Daniele/Malanima 2011, Viesti 2009). Arrighi und Piselli (1985) haben in ihrer Studie zu Kalabrien jedenfalls gezeigt, welche peripherisierende Kraft eine Eingliederung in einen Nationalstaat und den Weltmarkt für Teilregionen haben kann, die davor ähnliche sozioökonomische Charakteristiken aufwiesen, wie spätere Regionen des Zentrums. Eine zumindest selektive Abkoppelung war für EDS Autoren ein notwendiger Schritt für eine alternative Entwicklung. Sie befürworteten stärker endogene, auf die jeweilige Region zentrierte Antworten. „Self-reliance“ war der Begriff, der unmittelbar aus der Dependenzschule kam, er wurde aber, als „selective self-reliance“ artikuliert. Die penetrativen Einflüsse von außen sollten so weit wie möglich reduziert werden. „Entwicklung von unten“ wurde als neues Paradigma entgegengesetzt. Empowerment und Partizipation in dezentralisierten, egalitären Entscheidungsstrukturen sollten dafür sorgen, dass knappe Ressourcen, knappes Land und regionale Wohlstandsproduktion allen BewohnerInnen zugutekommen und nicht auf einzelne konzentriert würden. Priorität sollte dem Gebrauchswert gegenüber dem Tauschwert gegeben werden, damit Nahrungsmittelproduktion, Wohnen und andere Grundbedürfnisse befriedigt werden könnten und eine möglichst umfassende Resilienz in Krisenzeiten gewährleistet werden könnte. Mobilisierung endogener Ressourcen und Internalisierung von Entwicklungskosten waren wichtige Schlagworte. Technologischer Fortschritt und Innovation sollten der gesellschaftlichen Entwicklung dienen und nicht dem Wettbewerbsparadigma untergeordnet werden. Regionale Entwicklungsbanken (zur Stimulierung regionaler Produktion) sollten der Abhängigkeit vom Zentrum entgegenwirken und externe Schulden reduzieren helfen. Große Exportprojekte würden durch regionale Unternehmen mit einem regionalen Sektorservice ersetzt werden, ein regionaler Multiplikationseffekt sollte Evaluierungskriterium sein. Die Transportinfrastruktur sollte der regionalen Zugänglichkeit und Vernetzung dienen und nicht der Zulieferung und dem Abtransport der Exportunternehmen. Für den Energiebedarf sollten regionale Ressourcen mobilisiert werden und generell die Verantwortlichkeit für die zukünftigen Generationen in der Umweltpolitik und Bildungspolitik verankert werden.

Dieser Wunschzettel der Entwicklungsforschung von EDS-Autoren, der eine Auflösung und dann Ablöse der kapitalistischen Produktionsweise voraussetzen würde (die Autoren argumentierten für graduelle Veränderungen), klingt radikal und naiv zugleich. Denn die Realität heißt und hieß kapitalistische Produktionsweise. Der politische Geograph mit Hang zum Dependenzparadigma, Edward Soja (1985: 176), kritisierte regionalwissenschaftliche Autoren, die er als „new territorialism“ zusammenfasste und zu denen er

EDS Autoren zählte, „für ihre übermäßig romantische und utopische Präsentation von Regionalismus, Regionalplanung und die Territorialität sozialen Lebens; und für deren vernebelnde Interpretation der Geschichte kapitalistischer Entwicklung, der Rolle des Staates und der Natur territorialer Politik“. In der Tat scheint die Arbeit mancher RegionalwissenschaftlerInnen gut in die Formierung des neuen liberalen Paradigmas gepasst zu haben, das schließlich das Element des Wettbewerbs von Unternehmen Territorien überstülpte und die Wettbewerbsregion gebar: Gutmeinende KleinunternehmerInnen schlossen sich in einer idealisierten Version von Kapitalismus zu flachen Netzwerkhierarchien zusammen und arbeiteten in und für dezentrale Regionalökonomien mit einem komparativen Wettbewerbsvorteil (vgl. Hadjimichalis 1994 bzw. Weissenbacher i. E. a). „Es sieht so aus“, prognostizierten Hadjimichalis und Papamichos (1990: 204), „dass die Europäische Integration solche Ansichten unter rechten Regierungen stärken wird. Was heute als triviale Entwicklungsalternative erscheint, könnte in eine offensive rechte Strategie entwickelt werden“.

Das Ergebnis ist bekannt, das umfassende Versagen, die technologischen Möglichkeiten für eine sozial gerechte Welt einzusetzen (dazu gehört eine naturverträgliche Produktion, die es auch kommenden Generationen ermöglicht, diesen Planeten zu bewohnen), muss hier nicht extra diskutiert werden. Mir erscheint das Festhalten daran, soziale Probleme und Naturbeschädigungen mit technischem Fortschritt kurieren zu können ein wesentlicher Fetisch der kapitalistischen Produktionsweise zu sein. Dieser Gedanke ist freilich nicht neu: Theodor Adorno (1972) hat in seiner bekannten Erörterung „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?“ bereits 1968 – zu einem Zeitpunkt als Arrighi und Drangel (1986) rückwirkend Industrieproduktion nicht mehr als „Zentrumsaktivität“ ansahen (vgl. Weissenbacher i. E. a) – die Unterordnung der Produktivkräfte unter die Produktionsverhältnisse skizziert. Mit der Erwartung, die Entwicklung der ersteren würden die letzteren sprengen, sei Karl Marx im Deutschen Idealismus hängen geblieben. Bis in die Gegenwart wird technischer Fortschritt und Innovation der Produktivkräfte, einem Fetisch gleich, ideologisch als gesellschaftlicher Fortschritt verankert, obschon die Entwicklung der Produktivkräfte längst – bei entsprechender Verteilung und Sorgfalt – für „ein gutes Leben für alle“ sorgen könnte. Im Spätkapitalismus ist die Auseinandersetzung darum eine, die auch innerhalb der staatlichen Ebene geführt wird. Die Produktionsverhältnisse seien „längst nicht mehr allein solche des Eigentums, sondern der Administration, bis hinauf zur Rolle des Staats als des Gesamtkapitalisten“ (Adorno 1972: 363).

Wenn man nun die Möglichkeit gering einschätzt, große Zusammenhänge in den kapitalistischen Zentren (global oder auf der EU-Ebene) in absehbarer Zeit zu verändern (also die Möglichkeiten der real existierenden Produktivkräfte zum Wohle aller zu nutzen), wird man auch defensivere Strategien nutzen müssen. „Revolutionary advances will happen in the periphery“ⁱⁱ Für EDS Autoren war klar, dass „Entwicklung von unten“ oder „self-reliance“ nur in Regionen stattfinden würden, die nicht sehr stark in der Klammer der kapitalistischen Produktionsweise gefangen sind, weil sie von den Privilegien der Zentrumsökonomien abgehängt(er) sind, damit aber auch weniger Zwängen unterliegen. Je abgehängter also eine Region, desto stärker kann die Organisation im Rahmen einer „self-reliance“-Strategie zur Notwendigkeit werden (vgl. Stöhr 1981:3, Friedmann 1986: 205).

Die Internalisierung von Externalitäten hält etwa Galtung (1976: 12) für einen der wichtigsten Faktoren der self-reliance: „Viel weniger geht verloren, indem etwas neu erfunden wird, das woanders schon erfunden wurde, als die Rolle des Lernalers oder Imitators zu

übernehmen. Konventionell gesprochen: Die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mögen unbeholfen sein – was immer das bedeutet – aber sie sind die eigenen, ebenso wie die Fehler, und es sind die eigenen Fehler, und nicht jene, die andere gemacht haben, von denen man mehr lernen kann“.

4. Politische Strategien

Hadjimichalis und Hudson (2014) sehen die Hauptströmungen der Regionalwissenschaften im neoliberalen Paradigma gefangen, sodass man sich höchstens einen Paradigmenwechsel erhoffen könne. Aber wie stünde es um eine Implementierung von alternativen regionalen Modellen, die vielleicht durch Ansätze der EDS inspiriert wären (ohne in die neoliberale Falle zu tapen)?

Die politische Umsetzung von Entwicklungsalternativen hatte in der Lateinamerikanischen Dependenzschule noch eine revolutionäre Komponente, die in der EDS völlig fehlte. Diese Autoren waren keine Revolutionäre, insbesondere jene, die sich mit alternativer Regionalentwicklung auseinandersetzten. Wie Partizipation in sozioökonomischen Prozessen aussehen sollte wurde nicht im Detail ausgearbeitet, ebenso wenig, wie sich ein dezentralisiertes politisches System gegen eine feindlich gesonnene staatliche oder internationale Umgebung durchsetzen soll, auch wenn die Veränderungen nur graduell erfolgen. Was aber artikuliert wurde: Mit der real-existierenden bürgerlichen Demokratie sind progressive Veränderungen nicht zu erwarten. Es erscheint schlüssig, dass Nohlen/Schultze (1985: 50f.), die ich zur EDS zähle, an den kanadischen Politikwissenschaftler Crawford Macpherson anschließen, der versuchte „eine Revision liberal-demokratischer Theorie zu erarbeiten, eine Überarbeitung, die klar einen erheblichen Teil Marx verdankte, in der Hoffnung diese Theorie demokratischer zu machen, während jener wertvolle Teil der liberalen Tradition gerettet würde, der unterdrückt wird, wenn der Liberalismus mit kapitalistischen Marktbeziehungen gleichgesetzt wird“ (Macpherson zit. n. Morrice 1994: 646). Nohlen/Schultze (1985: 50) beziehen sich auf Macphersons „Antwort auf das demokratietheoretische Kardinalproblem im fortgeschrittenen Kapitalismus“, das er als Teufelskreis definiert habe: „Wir können nicht mehr demokratische Partizipation erreichen ohne eine vorherige Änderung sozialer Ungleichheit und des Bewusstseins, aber wir können die Änderungen sozialer Ungleichheit und des Bewusstseins nicht erreichen ohne eine vorherige Erhöhung demokratischer Partizipation“ (Macpherson zit. n. Nohlen/Schultze 1985: 50).

Dort wo demokratische Legitimationsdefizite liberaler Gesellschaft besonders offensichtlich werden, könne mit kleinen und wachsenden Schritten Veränderungen angestoßen werden (Nohlen/Schultze 1985: 51). Soziale Bewegungen werden von manchen der EDS als Schlüssel gesehen, die Blockaden in der bürgerlichen Demokratie aufzubrechen. Self-reliance sei die einzige Alternative für periphere Regionen, argumentierte Friedmann (1986: 205), „self-reliance erscheint nicht als Frage betreffend die Verwendung politischer Instrumente durch den Staat, sondern als Form radikaler sozialer Praxis, die in der Zivilgesellschaft entsteht“. Und weiter: „Eine Gesellschaft der self-reliance ist eine inklusive, nicht-hierarchische Gesellschaft, die Kooperation vor Wettbewerb hervorhebt, Harmonie mit der Natur vor Ausbeutung und soziale Bedürfnisse vor unbegrenzten persönlichen Wünschen. Sie verkörpert die eine beste Chance für das Überleben der Menschheit“ (Friedmann 1986: 205). Hadjimichalis (1983: 137f.) sah soziale Bewegungen entstehen aus

den „objektiven Bedingungen ungleicher regionaler Entwicklung und subjektiven Bedingungen eines wachsenden regionalen Bewusstseins“. Eine regionenzentrierte Politik hänge ab, schreiben Nohlen/Schultze (1985: 50), „von Begriff, Form und Grad der Partizipation. Zu ihrer Realisierung reichen die traditionellen (repräsentativ-demokratischen) Formen politischer Partizipation ebensowenig aus wie der direktdemokratische Aktionismus sozialen Bewegungscharakters. Gefordert sind doppelstrategische Partizipationsmuster, Partizipation als Mittel und Zweck, als Beteiligung und soziale Teilhabe, konventionelle wie unkonventionelle Formen, innerhalb und außerhalb des politischen Institutionengefüges“.

5. Schlussbemerkungen zum Status Quo

Im 21. Jahrhundert ist die Situation kaum besser geworden. In Regionen, in denen die kapitalistische Produktionsweise offensichtlich an ihre Grenzen stößt und die grundlegende gesellschaftliche Versorgung auch für ehemals (in den Kapitalismus) integrierte Klassen (vgl. Sunkel 1972) nicht mehr gewährleisten kann (z. B. Argentinien, Brasilien oder Griechenland) werden produktive und reproduktive gesellschaftliche Funktionen (oft: Notversorgungen) wieder von den BürgerInnen/BewohnerInnen selbst übernommen. Sehr oft sind dies defensive Maßnahmen einer solidarischen Ökonomie. 100 Jahre nach der Revolution in Russland ist das kapitalistische System, allen immanenten Krisen zum Trotz, noch sehr fest im Sattel. Die neoliberale Spielart des Kapitalismus und die Postmoderne haben zudem eine starke Individualisierung und das Wettbewerbsparadigma in den Köpfen verankert. Die Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise, soziale bzw. sozialräumliche Polarisierung und Zerstörung der Natur im Sinne einer menschlichen Lebensgrundlage, sind unübersehbar, die Möglichkeiten einer demokratischen Transformation stellen sich aber schwierig dar.

Liberale, national-liberale und faschistische Parteien, die derzeit in Europa am Vormarsch sind, haben kein Interesse an der Änderung der Produktionsweise und damit der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse. Vielmehr werden sie im Zweifelsfall auf Demokratie und nicht auf die Verteidigung des Privateigentums verzichten (vgl. Becker/Weissenbacher 2016, für eine Typologie neo-nationalistischer Parteien in Europa: Becker i. E.). Unterschiedliche Kapitalfraktionen können damit systemerhaltende Parteien unterschiedlicher Natur fördern (auch die konformistischen sozialdemokratischen), je nach Wahrnehmung einer Gefährdung der Produktionsverhältnisse. Eine Hegemonie für eine Änderung der Produktionsweise ist derzeit nicht sichtbar. Liberale könnten EDS Autoren wiederentdecken oder Crawford Macpherson, der wesentliche Teile des herrschenden Kanons liberalen Denkens dekonstruierte und vor allem die kapitalistische Produktionsweise als Teil des Problems und nicht der Lösung ansah. Allen voran diskutierte er die Eigentumsfrage diametral zu AutorInnen des autoritären Liberalismus wie Hayek (McKay 2017). Das mit Hayek verbundene Paradigma zu überwinden, scheint auch manchen linken Autoren schwer zu fallen (vgl. Weissenbacher 2014). Linke AutorInnen konnten zwar eine Theorie demokratischer Transformation bis zu einem gewissen Grad popularisieren (Antonio Gramscis Hegemonietheorie), geschicktere Anwendung fand sie aber bei rechten Parteien. Rechte und rechtsextreme Parteien bedienen sich eklektisch an Gramscis Instrumentarium und bauen es bedarfsorientiert in ihre politische Strategie ein (vgl. Zogholy 2002, Nicoll 2012): „Der Begriff der kulturellen Hegemonie wurde von seiner klassenspezifischen, sozialen und auch politischen Verankerung abgetrennt und rein als

Mittel zur Erringung der politischen Macht reduziert“ (Heribert Schiedelⁱⁱⁱ, zit. in Zogholy 2002: 77). Schiedel spricht von einer „Banalisierung der Erkenntnisse von Gramsci“ (ibid.), bei dem schließlich der Kampf um die kulturelle Hegemonie in der Zivilgesellschaft der langfristigen Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise gedient habe. So banalisiert könne jede politische Strömung Gramsci verwenden. „Wer den bestimmenden Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen hat, der hat die Macht“, schrieb der damalige FPÖ-Chef Jörg Haider (1993:73) in einem Kapitel „Der Kampf um die kulturelle Hegemonie“, in dem er aber Karl Marx (und nicht Gramsci) banalisierte. „[D]ie kulturelle Hegemonie in unserer Gesellschaft [...] muß durchaus nicht von denen ausgeübt werden, die im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bereich Macht haben. In der modernen Massengesellschaft hat sich die Kultur völlig von der Sozialordnung gelöst“ (ibid.). Die Natur der kulturellen Hegemonie der FPÖ und ähnlicher Parteien muss an dieser Stelle nicht ausgebreitet werden. Der rechtsextreme Publizist Andreas Mölzer sprach zuletzt von der FPÖ und den Burschenschaften als „Zivilgesellschaft“ des national-liberalen Lagers (Vospernik 2018). Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands nennt die „Burschenschaften, einige, nicht alle [...], Scharnierorganisationen zwischen Neonazismus und der FPÖ. Dort konnten die Neonazis an die Partei andocken“ (Klenk 2018: 14). Es ist jedenfalls ganz offensichtlich, dass diese Art der kulturellen Hegemonie mit neoliberalen Parteien unterschiedlicher Spielart in der EU sehr gut harmoniert (vgl. Becker i. E.), in ihrem Versuch, die herrschende Produktionsweise angesichts der zunehmenden Widersprüche zu verteidigen. Die ÖVP hat sich dieser Natur erfolgreich angenähert. Ähnlich dem Fall der Lega Nord in Italien (Weissenbacher 2012), kann die Angst vor den Konsequenzen des Systems in ein Wahlverhalten kanalisiert werden, das jene stärkt, die die Produktionsweise verteidigen.

Wie könnte also die Produktionsweise transformiert werden? Machtpolitisch scheint klar, dass erfolgreiche soziale Bewegungen a) eng mit Parteien zusammenarbeiten, b) Teil von einer werden, oder c) eine gründen müssen, um dort wirksam zu werden, wo in einer bürgerlichen Demokratie Machtfragen verhandelt werden. Die Herausforderungen sind immens. Neben der Herstellung einer Gegenhegemonie und breiter gesellschaftlicher Verankerung müssen Strategien für eine Transformation des Staates und der Produktionsweise (jenseits der Rhetorik) entwickelt werden (vgl. Panitch/Gindin 2016). Doch Wahlerfolg sei nicht ausreichend, argumentiert Wainwright (2016). Es gehe um „transformative Macht“ oder „Macht als transformative Kapazität“ und dafür müsse die außerparteiliche (und damit außerparlamentarische) Bewegung ihre eigene und essentielle Stellung bewahren. Denn mit der Erlangung parlamentarischer Mehrheit (regional oder auf staatlicher Ebene) ist es nicht getan: „Die Widersprüche für jede radikale Regierung“, schreiben Panitch und Gindin (2016: 54), die den Kapitalismus überwinden will und eine sozialistische Produktionsweise demokratisch anstrebe, werde „Verantwortungen beinhalten, eine kapitalistische Ökonomie zu managen, die wahrscheinlich in einer Krise steckt, während sie gleichzeitig versuchen muss, Erwartungen der Bevölkerung auf die versprochene Erleichterung zu erfüllen. Dennoch muss sie ebenso mit den langfristigen Verpflichtungen beginnen, den Staat zu transformieren [...]“. Eine Möglichkeit, diese transformative Kapazität zu üben bzw. für größere (z. B. staatliche) Zusammenhänge vorzubereiten, erscheint wie ein Echo der EDS: Ein „revolutionärer Gradualismus“ (Wainwright 2016: 99), der auf der Ebene der Region oder der Stadt ansetzt (ibid, Panitch/Gindin 2016: 55).

„Demokratie ist eine Beziehung zwischen Menschen zum Zwecke ihrer Selbstregierung“, schreibt Dennis Pilon (2017: 23), allerdings seien die „real existierenden Demokratien“

von Anfang an nicht besonders demokratisch gewesen. Mit der Entdemokratisierung im Zeitalter des neoliberalen Kapitalismus müsse nun versucht werden, die „wenigen demokratischen Überbleibsel“ zu erhalten (ibid., 22f.). Gerade in Gesellschaften, in denen die Möglichkeiten der Partizipation nicht sehr ausgeprägt sind, gilt es demokratische Selbstverwaltungsprinzipien (inklusive betriebliche Organisation) zu lernen und zu üben bzw. Bereiche, die von einer neoliberalen Rehierarchisierung betroffen wurden, zurückzuerobern. Partizipatorische Budgets, wie sie nun mancherorts auf Bezirks- und Kommunalebene ausprobiert werden, können dafür einer der Anknüpfungspunkte sein. Die internationale Bewegung Attac tritt in ihren „Transformationspfaden für ein ‚Gutes Leben für Alle‘“ (Strickner et al. 2017: 249ff.) auch für eine Ausweitung der Demokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und dem politischen System ein, „Transitionsinitiativen“^{iv} scheinen an Dynamik zu gewinnen. Vorstellungen, die auf der Ebene der Betriebe ansetzen sind etwa ArbeiterInnenselbstverwaltung (Wolff 2017) oder partizipative Ökonomie (Albert 2014). Die Fallstricke, die auf solche sozialistischen Versuche innerhalb einer kapitalistischen Produktionsweise lauern, müssen thematisiert (Gindin 2016) und studiert werden (für das jugoslawische Beispiel: Weissenbacher 2005). Die unmittelbare Herausforderung ist eine Auseinandersetzung mit den transnationalen Konzernen. Diese haben seit den Tagen der Dependenzschule weiter an Macht und Einfluss gewonnen. Es ist nicht leichter geworden, alternative Entwicklungsvorstellungen umzusetzen. Diese „Macht der Konzerne zu brechen“, schreibt das AutorInnenkollektiv (2016: 248) von Attac, „bedeutet also letztendlich, die kapitalistische Wirtschaftsweise durch eine andere zu ersetzen“. „Letztendlich“ heißt in Europa aber auch die europäische Integration neu und anders zu bauen (vgl. Attac 2017). Unter EDS-AutorInnen war klar, dass die europäische Integration kein Konstruktionsfehler war, sondern von Anfang an einem bestimmten (liberalen) ideologischen und realpolitischen Bauplan folgte, der es „wirklich linken Regierungen [...] schwer [...] machen [sollte], weitreichende soziale Änderungen durchzuführen“ (Seers 1982: 4). Als Alternative wurde eine solidarische „Community self-reliance“ (Seers 1982: 12) angedacht, doch davon sind wir heute noch weiter entfernt als damals. Die Politik der Troika heute erinnert eher daran, was Constantine Vaitsos (1982: 244f.) – bei unveränderter Integrationsweise – für Griechenland und Portugal voraussagte: ein neokoloniales Porto Rico-Szenario in Europa.

Anmerkungen

- ⁱ Die Forschung für diesen Beitrag wurde unterstützt durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnummer: 17058)
- ⁱⁱ Samir Amin am 6. Juni 2017, bei der Konferenz ‘Capitalist Development in Hostile Environments’, 6.-8. Juni 2017, Università della Calabria, Rende/Cosenza.
- ⁱⁱⁱ Pseudonym von Andreas Peham bis er 2003 von einer linken Splittergruppe geoutet wurde, weil er sich auch mit dem Antisemitismus in der Linken auseinandersetzte (Klenk 2018: 14f.).
- ^{iv} Deutschsprachig: <https://www.transition-initiativen.de/>

Literatur

- Adorno, Theodor (1972 [1968]): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag. In: Theodor Adorno: Soziologische Schriften I. Hrsg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 354–370. (= Gesammelte Schriften 8)
- Albert, Michael (2014): Partizipative Ökonomie – Eine Alternative zur Dauerkrise. Interview in Kontext.TV, 07.02., <http://www.kontext-tv.de/de/sendungen/partizipative-oekonomie-eine-alternative-zur-dauerkrise> (2. 2. 2018)
- Arrighi, Giovanni (1990): The Developmentalist Illusion: A Reconceptualization of the Semiperiphery. In: William Martin (ed.): *Semiperipheral States in the World-Economy*. Greenwood Press: Westport, CT, 11–42.
- Arrighi, Giovanni, and Jessica Drangel (1986): The Stratification of the World-Economy: An Exploration of the Semiperipheral Zone. In: *Review* 10, 1, 9–74. (=Anniversary Issue: The Work of the Fernand Braudel Center)
- Arrighi, Giovanni, and Piselli, Fortunata (1987): Capitalist Development in Hostile Environments: Feuds, Class Struggles, and Migrations in a Peripheral Region of Southern Italy. In: *Review* (Fernand Braudel Center) X, 4, 649–751.
- Attac (Hg.) (2017): *Entzauberte Union*. Wien: Mandelbaum.
- AutorInnenkollektiv (2016): *Konzernmacht brechen – Zivilgesellschaftliche Ansätze und Strategien*. In: Attac (Hg.): *Konzernmacht brechen!: von der Herrschaft des Kapitals zum guten Leben für alle*. Wien: Mandelbaum, 248–276.
- Becker, Joachim, and Weissenbacher, Rudy (2016): Heterodoxy from the right: Economic policy concepts of the nationalist right in Europe. Euro Memo Group: 22nd Conference on Alternative Economic Policy in Europe, Coimbra, Portugal, 15.09.–17.09. http://www2.euromemorandum.eu/uploads/becker_heterodoxy_from_the_right.pdf (2. 2. 2018)
- Becker, Joachim (i. E.): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*. Wien.
- Carney, John (1980): Regions in Crisis: Accumulation, Regional Problems and Crisis Formation. In: John Carney, Ray Hudson and Jim Lewis (Hg.): *Regions in Crisis. New Perspectives in European Regional Theory*. London: Croom Helm, 28–59.
- Daniele, Vittorio, und Paolo Malanima (2011): *Il divario Nord-Sud in Italia 1861-2011*. Saveria Mannelli: Rubbettino.
- Friedmann, John (1986): Regional Development in Industrialised Countries: Endogenous or Self-reliant? In: Michel Bassand, Ernst Brugger, John Bryden, John Friedmann, and Barbara Stuckey (eds.): *Self-reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions*. Aldershot: Gower, 203–216.
- Gindin, Sam (2016): Chasing Utopia. In: *Jacobin*, 3. 10., <https://www.jacobinmag.com/2016/03/workers-control-coops-wright-wolff-alperovitz/> (2. 2. 2018)
- Hadjimichalis, Costis (1983): Regional Crisis: The State and Regional Social Movements in Southern Europe. In: Dudley Seers und Kjell Öström (Hg.): *The Crises of the European Regions*. London and Basingstoke: Macmillan and EADI, 127–147.
- Hadjimichalis, Costis (1994): The Fringes of Europe and EU Integration: a View from the South. In: *European Urban and Regional Studies* 1, 1, 19–29.
- Hadjimichalis, Costis, und Hudson, Ray (2014) *Contemporary Crisis Across Europe and the Crisis of Regional Development Theories*. In: *Regional Studies* 48, 1, 208–218.
- Hadjimichalis, Costis, und Papamichos, Nicos (1990): ‚Local‘ development in southern Europe: towards a new mythology. In: *Antipode* 22 (3): 181–210.
- Haider, Jörg (1993): *Die Freiheit, die ich meine*. Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein.
- Klenk, Florian (2018): „In der Szene war ich Gerfried“. In: *Falter* 6/18, 14–15.

- McKay, Ian (2017): Challenging the Common Sense of Neoliberalism: Gramsci, Macpherson, and the Next Left. In: Leo Panitch and Greg Albo (Hg.): *Rethinking Democracy*. Socialist Register 2018. New Delhi and London: Leftword and Merlin, 275–297.
- Morrice, David (1994): C. B. Macpherson's Critique of Liberal Democracy and Capitalism. In: *Political Studies* 42,4, 646–661.
- Nicoll, Norbert (2012): Gramsci, Hayek und die unbestreitbare Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie. In: *Emanzipation* 2, 1, 72–86.
- Panitch, Leo, und Gindin, Sam (2016): Class, Party and the Challenge of State Transformation. In: Leo Panitch und Greg Albo (Hg.): *Socialist Register 2017. Rethinking Revolution*. London: Merlin, 35–58.
- Pilon, Dennis (2017): The Struggle over Actually Existing Democracy. In: Leo Panitch und Greg Albo (Hg.): *Rethinking Democracy*. Socialist Register 2018. New Delhi and London: Leftword and Merlin, 1–27.
- Seers, Dudley (1982): Introduction. The Second Enlargement in Historical Perspective. In: Seers, Dudley, und Vaitsos, Constantine (with the assistance of Kiljunen, Marja-Liisa) (eds.): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners*. London and Basingstoke, 1–21. (= *Studies in the Integration of Western Europe* 2)
- Stöhr, Walter (1981): Development from Below: The Bottom-Up and Periphery-Inward Development Paradigm. In: Walter Stöhr und Fraser Taylor (Hg.): *Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries*. Chichester et al., 39–72.
- Stöhr, Walter, und Tödtling, Franz (1979): Spatial equity: Some anti-thesis to current regional development doctrine. In: Hendrik Folmer und Jan Oosterhaven (Hg.): *Spatial inequalities and regional development*. Boston, The Hague, and London: Nijhoff, 133–160.
- Vaitsos, Constantine (1982): Conclusions: Economic Effects of the Second Enlargement. In: Seers, Dudley, und Vaitsos, Constantine with the assistance of Kiljunen, Marja-Liisa (eds.): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners*. London and Basingstoke, 243–268. (= *Studies in the Integration of Western Europe* 2)
- Viesti, Gianfranco (2009): *Mezzogiorno a tradimento. Il Nord, il Sud e la politica che non c'è*. Roma und Bari: Laterza.
- Vospornik, Cornelia (2018): Mölzer will „Hygiene im eigenen Haus“. In: *Ö1 Morgenjournal*, 26.1., <https://oe1.orf.at/player/20180126/501590/070502000> (26.1.2018)
- Wainwright, Hilary (2016): Radicalizing the Movement-Party Relation: From Ralph Miliband to Jeremy Corbyn and beyond. In: Leo Panitch und Greg Albo (Hg.): *Socialist Register 2017. Rethinking Revolution*. London: Merlin, 80–101.
- Weissenbacher, Rudy (2005): *Jugoslawien: Politische Ökonomie einer Desintegration*. Wien: Pro-media.
- Weissenbacher, Rudy (2014): Reclaiming Public Ownership: Making Space for Economic Democracy, *Journal of Contemporary European Studies*, 22:2, 213–217.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XXXI, 3, 86–111.
- Weissenbacher, Rudy (i. E. a): A Ladder without Upper Rungs: On the Limitations of Industrial Policies in TNC Capitalism. The Case of the European Union. (*Journal für Entwicklungspolitik*)
- Weissenbacher, Rudy (i. E. b): *Integration and Disintegration of the European Periphery*. (Monographie)
- Wolff, Richard (2017): Die Wut der Arbeiter und die Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, Interview in *Kontext.TV*, 7.3., <http://www.kontext-tv.de/de/sendungen/richard-wolff-die-wut-der-arbeiter-und-die-suche-nach-einer-neuen-wirtschaftsordnung> (2.2.2018)
- Zogholy, Andre (2002) *Kulturpolitische Strategien der FPÖ und die Hegemonietheorie nach Antonio Gramsci*. Linz: Rudolf Trauner.